

Praxischeck zeigt:
**Kinderarmut führt zu
Bildungsungleichheit
und sozialer Isolation**

**Teil III: Befragung von Praktiker*innen zu
Lebensbedingungen von Sozialhilfe-Beziehenden**

Wien, Mai 2026

Hintergrund

Österreich sieht sich derzeit unter erheblichem budgetären Konsolidierungsdruck. Vor dem Hintergrund eines steigenden Budgetdefizits und einem EU-Defizitverfahren gegen Österreich hat die Bundesregierung mit dem Doppelbudget 2025/2026 Maßnahmen zur Budgetkonsolidierung eingeleitet. Bereits jetzt wirken erste Kürzungen und Anpassungen – auch im Sozialbereich sowie bei verschiedenen monetären Transferleistungen. Zusätzliche Einsparungen sind angekündigt oder werden diskutiert. Vor diesem Hintergrund haben Caritas Österreich und Volkshilfe Österreich eine Befragung unter ihren Mitarbeiter*innen im Sozialbereich durchgeführt, um Einschätzungen aus der sozialen Praxis zu aktuellen Entwicklungen im Sozialstaat zu erfassen.

Schon jetzt sind viele Sparmaßnahmen in Kraft, die gerade jene am stärksten treffen, die ohnehin kaum über die Runden kommen: So entfällt etwa der Klimabonus, Familienleistungen werden nicht valorisiert, die Krankenversicherungsbeiträge steigen auch für Mindestpensionist*innen, Gebühren werden erhöht und beim Zuverdienst zum Arbeitslosengeld werden weitreichende Einschränkungen vorgenommen. Der Budgetdienst kommt in Berechnungen zu dem Schluss, dass die Budgetmaßnahmen Haushalte mit geringem Einkommen relativ betrachtet stärker belasten¹. Bei der Sozialhilfe – dem letzten Sicherheitsnetz in Österreich – erleben wir in den Bundesländern einen Wettlauf nach unten und eine angekündigte Bundesreform könnte ab dem kommenden Jahr weitere Verschlechterungen bringen. Parallel dazu stehen auch soziale Unterstützungsangebote zunehmend unter Spardruck. In verschiedenen Bereichen werden Fördermittel reduziert, Förderungen ausgesetzt oder Angebote eingeschränkt. Diese Entwicklungen fallen in eine Phase, in der viele soziale Einrichtungen von steigenden Unterstützungsbedarfen berichten. Mit dem Doppelbudget 2027/28 stehen weitere Einsparungen im Raum.

Mit der vorliegenden Befragung von Praktiker*innen im Sozialbereich widmen sich Caritas Österreich und Volkshilfe Österreich der sozialen Lage in Österreich und analysieren die Folgen von Einsparungen für armutsbetroffene Menschen. Im Mittelpunkt stehen die Lebensrealitäten von Menschen mit Sozialhilfebezug und die Auswirkungen von Kürzungen im Sozialbereich auf die Lebenssituation besonders vulnerabler Personen in Österreich. Dabei wird ein besonderer Fokus auf die Situation von Kindern und Familien sowie auf die Übergänge von der Sozialhilfe in die Selbsterhaltungsfähigkeit gelegt.

Ziel der Befragung ist es, Praxiserfahrungen und Expertisen von Fachkräften systematisch zu erfassen und für die öffentliche sowie politische Debatte nutzbar zu machen.

Die Datenerhebung erfolgte österreichweit im Zeitraum 01.02.2026 – 03.03.2026. Insgesamt nahmen 590 bei Caritas und Volkshilfe beschäftigte Personen an der Online-Befragung teil. Die Teilnahme war anonym. Der größte Anteil der Rückmeldungen stammt aus Wien (31,9 %), gefolgt von Niederösterreich (20,3 %), Salzburg (12 %) und Oberösterreich (11,4 %). Hinsichtlich der beruflichen Funktionen zeigt sich ein breites fachliches Spektrum: Die größte Gruppe bilden Sozialarbeitende (33,2 %), gefolgt von Betreuer*innen (15,6 %) und Sozialberater*innen (11,9 %). Weitere vertretene Professionen sind Sozialpädagog*innen, Jurist*innen oder Psycholog*innen. Besonders häufig waren die befragten Personen in den Bereichen der materiellen Grundsicherung bzw. Hilfe in Not (24,1 %) sowie im Bereiche Asyl, Migration und Integration (16,9 %) tätig. Darüber hinaus arbeiten die Befragten in Bereichen mit Schwerpunkten auf Kinder, Jugendliche und Familien (13,7 %), im Bereich Menschen mit Behinderungen (13,1 %) sowie Arbeitsmarktintegration (8,6 %).

Der dritte und letzte Teil der Befragung wird nun im Folgenden präsentiert. Er umfasst Einschätzungen aus der Praxis zu den Lebensbedingungen von Sozialhilfe-/Mindestsicherungsbeziehenden – etwa hinsichtlich psychischer Belastungen oder der Nichtfinanzierbarkeit von Notwendigem – in Österreich sowie zu Herausforderungen im Antrags- und Verwaltungsverfahren. Einen zweiten Schwerpunkt bilden die Fragen zu kindbezogenen Leistungen, Bildungsteilhabe, gesunder Ernährung, Wohnbedingungen sowie sozialer Teilhabe von Kindern und Jugendlichen aus Haushalten mit Sozialhilfe-Bezug sowie den den Auswirkungen auf den ihren Alltag.

¹ Budgetdienst 2025: Umsetzung weiterer Konsolidierungs- und Offensivmaßnahmen. Analyse. <https://www.parlament.gv.at/dokument/budgetdienst/analysen-zu-gesetzen/BD-Umsetzung-weiterer-Konsolidierungs-und-Offensivmassnahmen.pdf>, abgerufen am 7.4.2026

Ergebnisse

Zusammenfassung

Die Sozialhilfe ist das letzte soziale Netz in Österreich. Sie greift, wenn alle anderen Möglichkeiten ausgeschöpft bzw. nicht verfügbar sind.

Aus Sicht der befragten Fachkräfte erfüllt sie ihre existenzsichernde Funktion nur eingeschränkt. Eine Mehrheit der Befragten gibt an, dass die derzeitige Höhe der Sozialhilfe nicht oder eher nicht ausreicht, um grundlegende Lebenshaltungskosten zu decken. Die Sozialhilfe wird damit in der Praxis nicht als vollständig tragfähiges Sicherungssystem wahrgenommen, sondern als Leistung, die häufig durch zusätzliche Hilfen ergänzt werden muss. Die Teuerung hat diese Problemlage aus Sicht der Befragten weiter verschärft. Einsparungen aufgrund finanzieller Engpässe passieren vor allem bei der sozialen Teilhabe und beim Wohnen.

Die Armutslagen von Sozialhilfebeziehenden erscheinen in den Ergebnissen jedoch nicht nur als materielle Unterversorgung, sondern auch als Einschränkung gesellschaftlicher Teilhabe. Eine sehr große Mehrheit der Befragten gibt an, dass Menschen im Sozialhilfe- bzw. Mindestsicherungsbezug häufig oder sehr häufig von sozialer Isolation und fehlender gesellschaftlicher Teilhabe betroffen sind. Sozialhilfebezug ist aus Sicht der Praxis daher eng mit sozialem Ausschluss verbunden.

Die große Mehrheit berichtet zudem, dass Menschen im Sozialhilfe- bzw. Mindestsicherungsbezug häufig oder sehr häufig psychisch belastet sind. Armut ist damit nicht nur eine ökonomische, sondern auch eine psychosoziale Belastung. Hinzu kommt, dass viele Befragte beobachten, dass die negative öffentliche Debatte über Sozialhilfebezieher*innen von Betroffenen als beschämend und verletzend erlebt wird. Dadurch erhält ein Sozialhilfebezug auch eine stigmatisierende Dimension, die Rückzug, Scham und Unsicherheit verstärken kann.

Hinsichtlich des Antrags- und Verwaltungsverfahrens zeigt sich, dass hier einige Probleme bestehen. Die Praktiker*innen geben an, dass es für den Großteil ihrer Klient*innen nicht möglich ist, eigenständig einen Antrag auf Sozialhilfe/Mindestsicherung zu stellen. Ebenso schätzt eine Mehrheit die Sensibilisierung von Sachbearbeiter*innen auf den zuständigen Behörden gegenüber Armutsbetroffenen als unzureichend ein.

Sanktionen für Leistungsbeziehende führen laut den Respondent*innen vor allem zu finanziellen Notlagen und steigender psychischer Belastung und nur laut wenigen Befragten zu einer Verhaltensänderung im Sinne der sanktionierenden Behörde.

Besonders deutlich treten die Folgen unzureichender sozialer Absicherung bei Kindern und Jugendlichen hervor. Die kindbezogenen Ergebnisse zeigen, dass die bestehenden Leistungen aus Sicht der Praxis nicht ausreichen, um kindliche Bedarfe angemessen zu decken. Über 80 Prozent der Befragten beurteilen die Kinderrichtsätze in ihrem Bundesland als nicht oder eher nicht ausreichend, um die Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen zu decken.

Etwa im Bildungsbereich, wo fast neun von zehn Befragten eine vollumfängliche Bildungsteilhabe für Kinder, deren Eltern Sozialhilfe oder Mindestsicherung beziehen, für nicht oder eher nicht möglich halten. Auch gesunde Ernährung ist aus Sicht der Befragten für Familien mit Kindern im Sozialhilfe- bzw. Mindestsicherungsbezug häufig nicht finanzierbar. Mehr als drei Viertel der Befragten bewerten gesunde Ernährung als nicht oder eher nicht möglich. Wenn Familien gezwungen sind, bei Bildung sowie Qualität oder Menge von Lebensmitteln zu sparen, wirkt sich Armut direkt auf die Lebensbedingungen und Entwicklungsmöglichkeiten von Kindern aus.

Im Bereich Wohnen wird vor allem beengter oder überbelegter Wohnraum als zentrale Belastung für Kinder in der Sozialhilfe/Mindestsicherung genannt. Hinzu kommen fehlende Lernplätze und dass Freund*innen aufgrund der Wohnsituation nicht eingeladen werden können.

Die Antworten zu den spezifischen Problemen von Familien mit Kindern verdichten dieses Bild. Häufig genannt werden fehlende Mittel für Schulkosten, Nachhilfe, Freizeitaktivitäten, Sportvereine, Kleidung, Therapien, gesunde Ernährung und angemessenen Wohnraum. Ebenso werden Scham, Mobbing, Ausgrenzung und psychische Belastungen thematisiert.

Kinderarmut unter Sozialhilfebeziehenden zeigt sich damit als mehrdimensionale Benachteiligung: Materielle Einschränkungen führen zu geringerer sozialer Teilhabe, schlechteren Bildungschancen, gesundheitlichen Risiken und psychosozialem Druck.

Lebenslagen von Sozialhilfe- und Mindestsicherungsbeziehenden

Unter den 590 Praktiker*innen der Caritas und der Volkshilfe, die an der Umfrage für den Praxisclick teilgenommen haben, gaben 425 Personen (72 % der Befragten) an, dass sie in ihrer täglichen Arbeit mit Sozialhilfe- bzw. Mindestsicherungsbeziehenden zu tun haben. Diesen wurden detaillierte Fragen zur Sozialhilfe/Mindestsicherung gestellt, deren Ergebnisse im Folgenden dargestellt werden.

Auskommen mit der Sozialhilfe

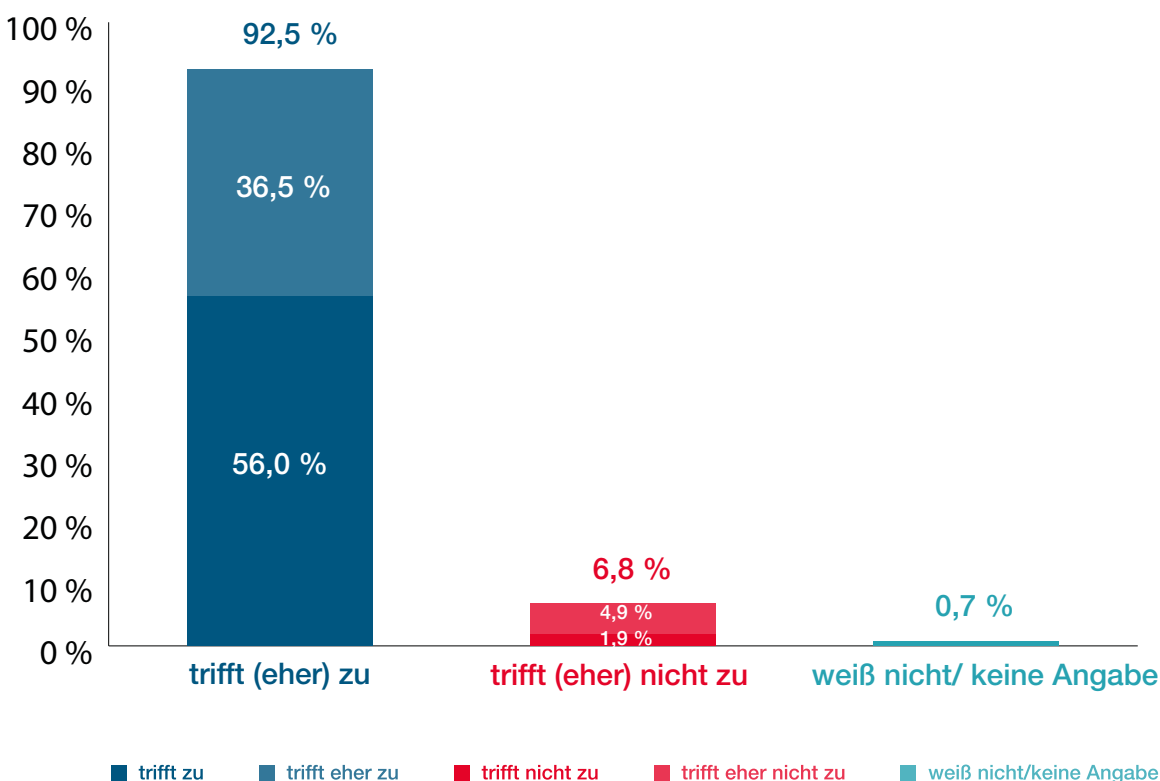
Die Praktiker*innen wurden danach gefragt, ob ein Auskommen mit der Sozialhilfe möglich ist. Konkret sollten sie angeben, inwiefern ihrer Meinung nach die Aussage zutrifft, dass die aktuelle Höhe der Sozialhilfe es ermöglicht, grundlegende Lebenshaltungskosten zu decken. Dabei zeigt sich, dass eine deutliche Mehrheit die Erfahrung macht, dass dies nicht der Fall ist: 62,1 % geben an, dass dies (eher) nicht zutrifft, gegenüber 36,4 % die "trifft (eher) zu" angeben (1,4 % "weiß nicht/keine Angabe").

Dass die Höhe der Sozialhilfe tendenziell zu gering ausfällt, um den Lebensunterhalt abzusichern, legt eine ergänzende Frage zum Thema Auskommen mit der Sozialhilfe nahe. Die Praktiker*innen wurden nämlich zusätzlich nach ihrer Einschätzung zu der Aussage gefragt, dass viele Menschen die Sozialhilfe/ Mindestsicherung beziehen, ohne ergänzende Unterstützungsangebote (z. B. Lebensmittelhilfe, Energiezuschüsse) ihren Lebensunterhalt nicht sichern können. Hier ist die Tendenz nochmals wesentlich deutlicher herauslesbar: 92,5 % geben an, dass dies (eher) zutrifft, während nur 6,8 % der Meinung sind, dass dies (eher) nicht zutrifft (0,7 % "weiß nicht/keine Angabe"). Die beiden Fragen zusammengenommen zeigt sich klar, dass der Großteil der Praktiker*innen die Erfahrung macht, dass die Höhe der Sozialhilfe/Mindestsicherung nicht ausreicht, um den Lebensunterhalt zu bestreiten.

Die Antworten deuten darauf hin, dass ergänzende Hilfen wie Lebensmittelunterstützung, Energiezuschüsse oder andere zusätzliche Leistungen aus Sicht der Befragten keine Randphänomene sind, sondern für viele Menschen im Sozialhilfe- bzw. Mindestsicherungsbezug eine zentrale Rolle bei der Existenzsicherung spielen.

Ohne ergänzende Unterstützungsangebote (z.B. Lebensmittelhilfe, Energiezuschüsse) können viele Menschen, die Sozialhilfe/Mindestsicherung beziehen, ihren Lebensunterhalt nicht sichern

n=425



Angesichts der nach wie vor anhaltenden Teuerung in Österreich, wurde auch danach gefragt, ob die Inflation in Österreich die finanzielle Situation von Sozialhilfe-/Mindestsicherungsbeziehenden verschärft hat. 86,1 % der Praktiker*innen geben an, dass dies zutrifft und weitere 11,5 % sind der Meinung, dass dies eher zutrifft. Lediglich 1,9 % der Respondent*innen sehen keine (0,7 %) oder eher keine (1,2 %) Verschärfung der finanziellen Situation aufgrund der Teuerung (0,5 % "weiß nicht/keine Angabe"). Damit besteht unter den Befragten ein nahezu einhelliges Bild, dass Preissteigerungen die ohnehin angespannte finanzielle Lage von Menschen im Sozialhilfe- bzw. Mindestsicherungsbezug zusätzlich verschärft haben.

Nach den Fragen zur finanziellen Situation und Auskommen mit der Sozialhilfe, wurden die Praktiker*innen zu den Lebensbereichen befragt, in denen sich Menschen, die Sozialhilfe/Mindestsicherung beziehen, bei finanziellem Druck am stärksten bzw. häufigsten einschränken. Dabei wurden die Respondent*innen gebeten, die Bereiche Wohnen, Ernährung, soziale Teilhabe sowie Energie in eine Rangordnung zu bringen.

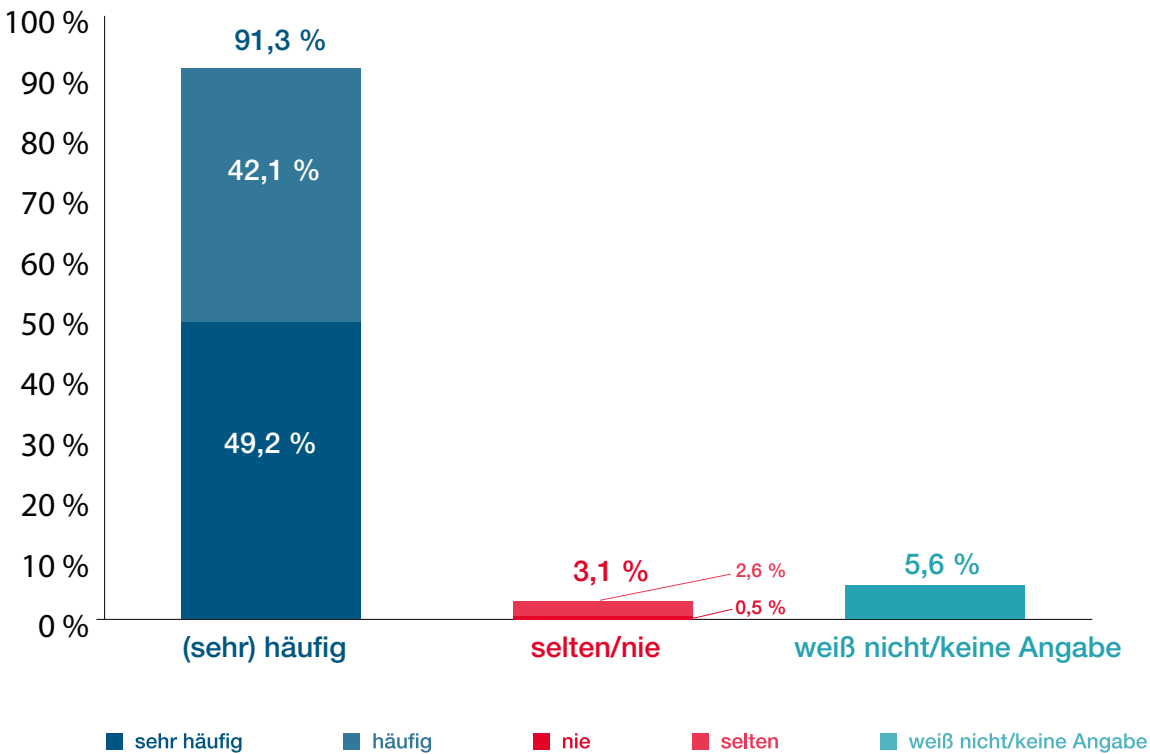
Über alle Antworten hinweg (n = 415; 10 ohne Angabe) zeigt sich, dass Einsparungen aus Sicht der Praktiker*innen am häufigsten im Bereich sozialer Kontakte (Freunde einladen, Vereinsaktivitäten, Sport, Kaffeehaus etc.) vorgenommen werden, gefolgt von den Bereichen Wohnen (z. B. Zahlungsrückstände bei der Miete, prekäres Wohnen etc.), Lebensmittel (z. B. Verzicht auf Mahlzeiten) und Haushaltsenergie (z. B. kein oder kaum Heizen, weniger Licht etc.). Dass der Bereich der sozialen Kontakte ganz oben gereiht wurde, zeigt, dass finanzielle Armut nicht nur die materielle Versorgung betrifft, sondern auch die Möglichkeiten, soziale Beziehungen aufrechtzuerhalten und am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen.

Teilhabe & psychische Belastung

Die Thematik der mangelnden Teilhabe wurde in einer separaten Frage näher beleuchtet. Die Respondent*innen wurden gefragt, ob Menschen, die Sozialhilfe/Mindestsicherung beziehen, von sozialer Isolation und fehlender gesellschaftlicher Teilhabe betroffen sind. 91,3 % geben an, dass dies sehr häufig oder häufig der Fall ist. Lediglich 3,1 % sind hingegen der Meinung, dass dies selten oder nie vorkommt (5,6 % "weiß nicht/keine Angabe"). Damit sieht eine sehr große Mehrheit der Befragten soziale Isolation und mangelnde Teilhabe als zentrale Problemlage im Zusammenhang mit Sozialhilfe- bzw. Mindestsicherungsbezug. Es wird deutlich, dass finanzielle Notlagen auch mit sozialem Rückzug, Ausschluss von gesellschaftlichen Aktivitäten und eingeschränkten Möglichkeiten sozialer Teilhabe verbunden sind.

Menschen, die Sozialhilfe/Mindestsicherung beziehen, sind von sozialer Isolation und fehlender gesellschaftlicher Teilhabe betroffen.

n=425

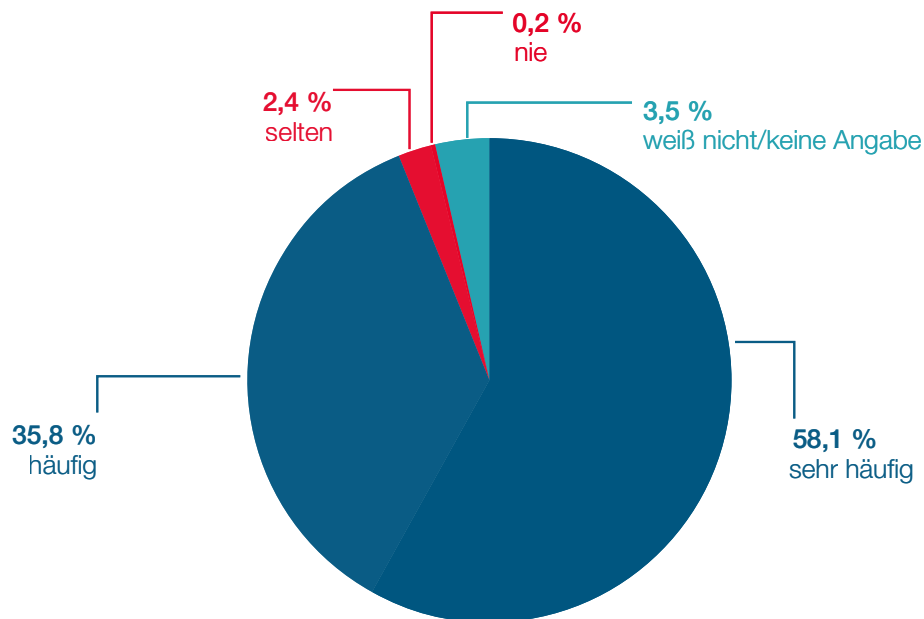


Personen mit Sozialhilfe-/Mindestsicherungs-Bezug sind psychisch belastet.

n=425

(sehr) häufig: 93,9 %

selten/nie: 2,6 %



Neben der eingeschränkten sozialen Teilhabe befinden sich Beziehende von Sozialhilfe-/Mindestsicherung laut den Respondent*innen oftmals in einem psychisch belastenden Zustand. 58,1 % machen die Erfahrung, dass diese Gruppe sehr häufig psychisch belastet ist und weitere 35,8 % beobachten dies häufig in ihrer Arbeit.

Zusammen sind das über 90 % der Praktiker*innen, die psychische Belastungen als (sehr) häufiges Problem wahrnehmen. Nur 2,6 % der Befragten haben angegeben, dass ihre Klient*innen selten bzw. nicht psychisch belastet sind (3,5 % der Praktiker*innen haben dazu keine Angabe gemacht bzw. können dazu keine Aussage treffen).

Zu diesem Ergebnis passt auch, dass die Mehrheit angibt, dass Sozialhilfe-/ Mindestsicherungs-beziehende die negative öffentliche Debatte über die Sozialhilfe (sehr) häufig als beschämend und verletzend wahrnehmen (66,4 %). Wiederum sind es vergleichsweise nur wenige Respondent*innen, die dies selten oder nie beobachten (8,5 %). Allerdings ist der Anteil jener, die keine Antwort auf die Frage geben können oder wollen sehr hoch (25,2 %).

Möglicherweise haben einige der Befragten keinen ausreichenden Einblick in die subjektive Wahrnehmung von Sozialhilfe- bzw. Mindestsicherungs-bezieher*innen oder möchten die emotionale Wirkung der öffentlichen Debatte nicht quantifizieren. Insgesamt zeigt die Verteilung dennoch ein klares Bild: Unter jenen, die eine Einschätzung abgeben, dominiert deutlich die Wahrnehmung, dass die negative öffentliche Debatte für Betroffene beschämend und verletzend wirkt.

Antrags- und Verwaltungsverfahren

Weiters war von Interesse, ob es für den Großteil der Klient*innen möglich ist, einen vollständigen Antrag auf Sozialhilfe bzw. Mindestsicherung ohne zusätzliche Unterstützung zu stellen. Die Ergebnisse zeigen deutlich, dass die Antragstellung von den Befragten überwiegend problematisch eingeschätzt wird. Rund ein Drittel (33,9 %) gibt an, dass die Aussage nicht zutrifft und knapp die Hälfte (49,9 %), dass sie eher nicht zutrifft. Zusammengefasst sind damit mehr als vier Fünftel bzw. 83,8 % der Ansicht, dass ein vollständiger Antrag ohne zusätzliche Unterstützung eher nicht oder nicht möglich ist. Demgegenüber geben nur 3,8 % an, dass dies zutrifft, während 10,8 % der Meinung sind, dass dies eher zutrifft. Somit sehen 14,6 % die eigenständige Antragstellung ohne Unterstützung als möglich oder eher möglich an (1,6 % "weiß nicht/keine Angabe"). Zusammengefasst zeigt sich, dass die Antragstellung auf Sozialhilfe bzw. Mindestsicherung aus Sicht der Befragten für viele Klient*innen ohne Unterstützung nur schwer bewältigbar ist.

In weiterer Folge wurde erhoben, ob die Sachbearbeiter*innen der für die Sozialhilfe/Mindestsicherung zuständigen Behörden im Umgang mit armutsbetroffenen Menschen ausreichend sensibilisiert sind. Die Einschätzungen fallen mehrheitlich kritisch aus. 40,0 % geben an, dass die Aussage eher nicht zutrifft und weitere 20,5 % meinen, sie trifft nicht zu. Damit beurteilen insgesamt 60,5 % die Sensibilisierung der zuständigen Sachbearbeiter*innen als eher nicht oder nicht ausreichend. Eine positive Einschätzung zur Sensibilisierung äußern 3,3 %, die der Aussage zustimmen, sowie 26,8 %, die eher zustimmen. Zusammengefasst bewerten damit 30,1 % die Sensibilisierung als ausreichend oder eher ausreichend (9,4 % "weiß nicht/keine Angabe").

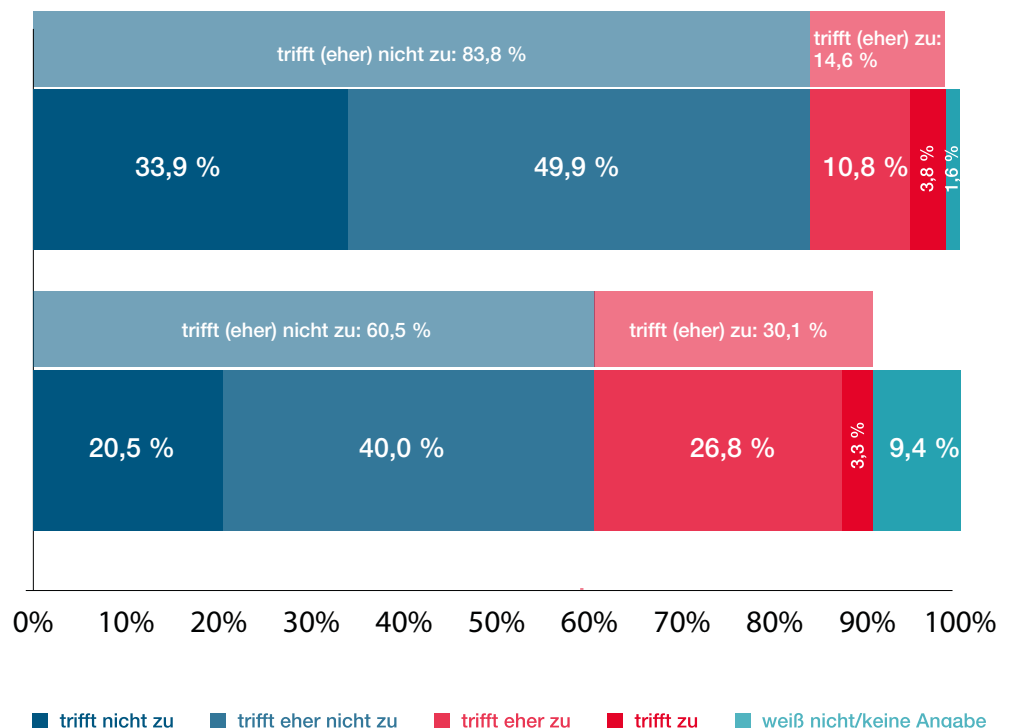
Die Ergebnisse deuten somit auf einen Sensibilisierungsbedarf bei den zuständigen Behörden hin.

Antrags- und Verwaltungsverfahren

n=425

Es ist für den Großteil der Klient*innen möglich, einen vollständigen Antrag auf Sozialhilfe/Mindestsicherung ohne zusätzliche Unterstützung zu stellen.

Die Sachbearbeiter*innen der für die Sozialhilfe/Mindestsicherung zuständigen Behörde, sind im Umgang mit armutsbetroffenen Menschen ausreichend sensibilisiert.

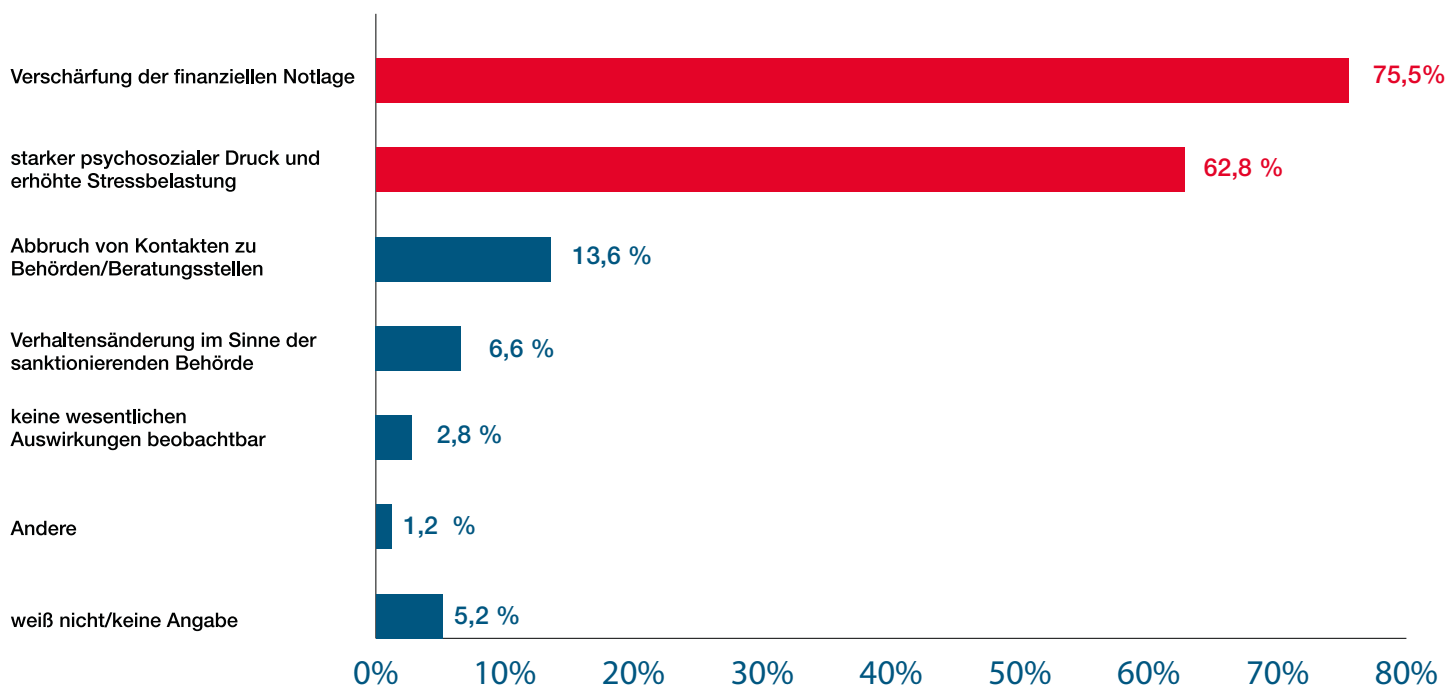


Die Fachkräfte wurden auch nach den von ihnen am häufigsten beobachteten Auswirkungen von Sanktionen in der Sozialhilfe bzw. Mindestsicherung befragt. Dabei sollten die Befragten die aus ihrer Sicht zwei häufigsten aus einer Liste an Antwortmöglichkeiten auswählen. Die meisten Nennungen hatte die Auswirkung "Verschärfung der finanziellen Notlage" (75,5 %), gefolgt von "Starker psychosozialer Druck und erhöhte Stressbelastung" (62,8 %). Deutlich seltener, aber weiterhin relevant, wird der Abbruch von Kontakten zu Behörden oder Beratungsstellen genannt (13,6 %). Eine Verhaltensänderung im Sinne der sanktionierenden Behörde wird hingegen nur von 6,6 % genannt. 2,8 % geben an, keine wesentlichen Auswirkungen zu beobachten, 1,2 % nennen andere Auswirkungen (5,2 % machen keine Angabe).

Die Antworten zeigen, dass Sanktionen aus Sicht der Befragten vor allem als Verschärfung bestehender Problemlagen wahrgenommen werden: Sie erhöhen finanzielle Not und psychosozialen Druck deutlich häufiger, als dass sie zu einer gewünschten Verhaltensänderung führen.

Welche Auswirkungen von Sanktionen in der Sozialhilfe/Mindestsicherung beobachten Sie am häufigsten?

n= 425 (Mehrfachauswahl: 2 häufigste)



Kinder in der Sozialhilfe

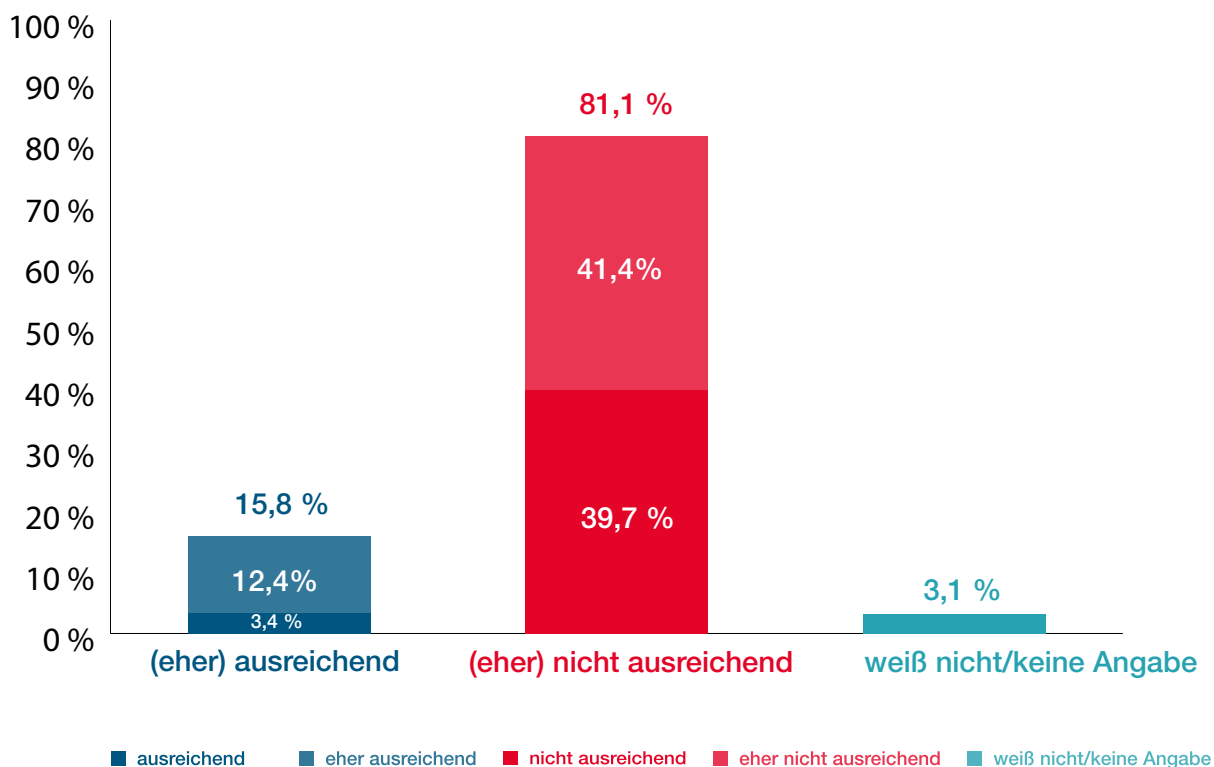
Von den 425 Praktiker*innen von Caritas und Volkshilfe, die in ihrer täglichen Arbeit mit Sozialhilfe-/Mindestsicherungsbeziehenden in Kontakt sind, haben 290 Befragte mit Kindern und Jugendlichen, deren Familien diese Sozialleistung beziehen, in ihrer beruflichen Praxis zu tun. Neben den oben aufgeführten Fragen zum Sozialhilfebezug generell, wurden diesen 290 Respondent*innen zusätzliche Fragen zu Kindern und Jugendlichen gestellt.

Die betreffenden Mitarbeiter*innen von Caritas und Volkshilfe wurden gebeten, einzuschätzen, ob die Höhe der Kinderrichtsätze in ihrem Bundesland ausreichend, um die Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen zu decken. Die Ergebnisse zeigen eine deutliche kritische Einschätzung der bestehenden Kinderrichtsätze.

39,7 % der Befragten beurteilen die Höhe der Kinderrichtsätze als nicht ausreichend und weitere 41,4 % als eher nicht ausreichend. Zusammengenommen sind das über vier Fünftel (81,1 %) der Befragten und damit eine deutliche Mehrheit, welche die bestehenden Kinderrichtsätze als (eher) unzureichend einstuft. Lediglich eine Minderheit (3,4 %) beurteilt die Höhe der Kinderrichtsätze als ausreichend. Immerhin 12,4 % der Praktiker*innen stuft sie als eher ausreichend ein. Insgesamt zeigt sich, dass die Höhe der Kinderrichtsätze aus Sicht der Befragten mehrheitlich nicht geeignet ist, die Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen ausreichend zu decken.

Die Höhe der Kinderrichtsätze in meinem Bundesland beurteile ich als....., um die Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen zu decken.

n=290



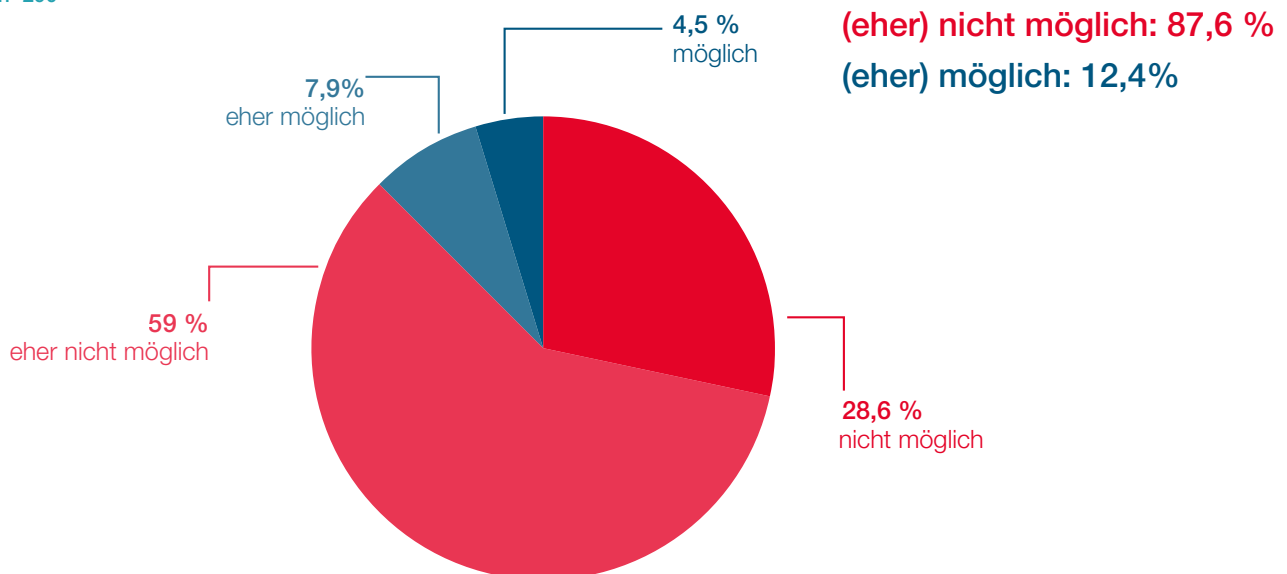
Bildungsteilhabe

Die Befragten wurden gebeten, einzuschätzen, ob vollumfängliche Bildungsteilhabe für Kinder möglich ist, deren Eltern Sozialhilfe bzw. Mindestsicherung beziehen. Unter vollumfänglicher Bildungsteilhabe wurden in der Frage unter anderem die Finanzierung notwendiger Unterrichtsmaterialien, Nachhilfe, Schulausflüge und ähnlicher schulbezogener Ausgaben verstanden. Die Ergebnisse zeigen eine sehr deutliche Einschätzung: fast 90 % der Praktiker*innen halten vollumfängliche Bildungsteilhabe für Kinder aus Familien mit Sozialhilfe-/Mindestsicherungsbezug für eher nicht (59,0 %) oder nicht möglich (28,6 %). Damit sieht eine große Mehrheit der Befragten deutliche Einschränkungen bei der Finanzierung bildungsbezogener Bedarfe von Kindern.

Demgegenüber geben lediglich 4,5 % der Befragten an, dass vollumfängliche Bildungsteilhabe möglich ist, weitere 7,9 % wählten die Kategorie eher möglich. Die hohe Zustimmung zu den negierenden Antwortkategorien deutet darauf hin, dass Kinderarmut ein erhebliches Risiko für die Bildungs- und Entwicklungswege der betroffenen Schüler*innen darstellt.

Vollumfängliche Bildungsteilhabe (Finanzierung von notwendigen Unterrichtsmaterialien, Nachhilfe, Schulausflüge, etc.) für Kinder, deren Eltern Sozialhilfe/Mindestsicherung beziehen, ist ...

n=290

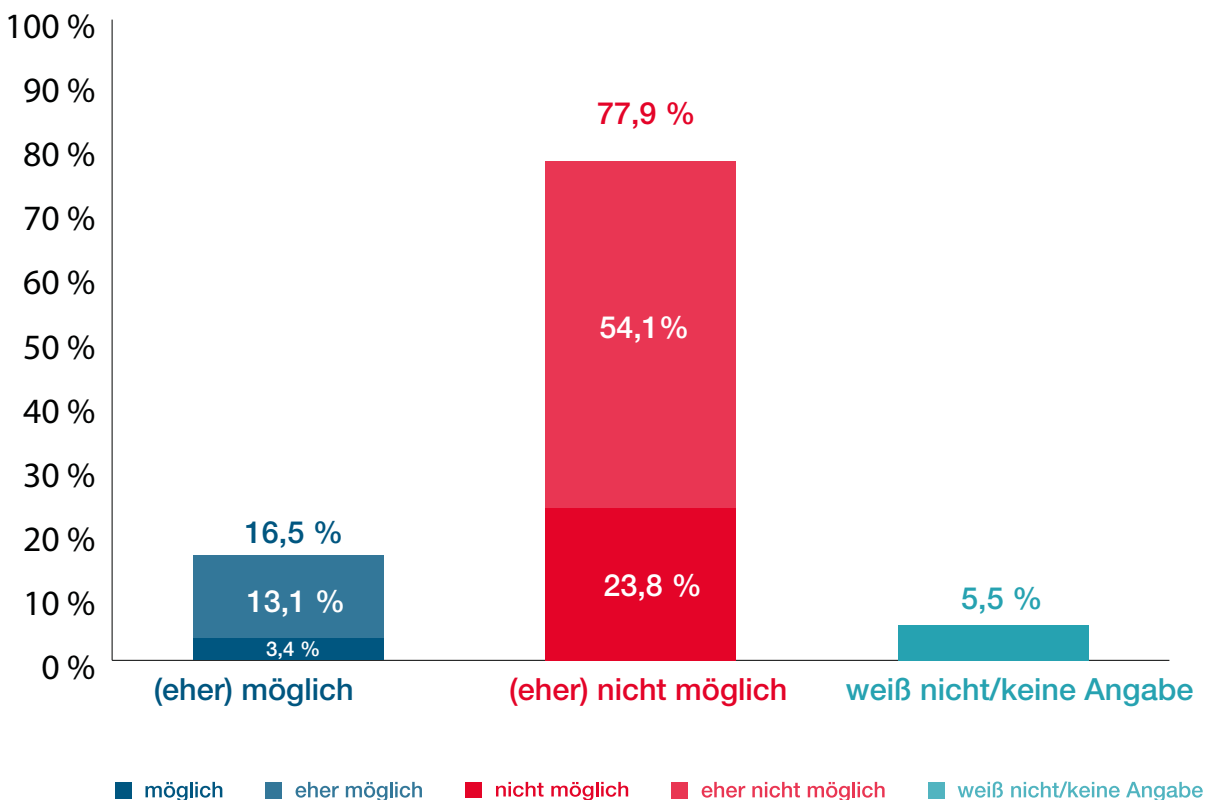


Ernährung

Die Mitarbeitenden wurden weiters gefragt, ob gesunde Ernährung für Familien mit Kindern im Sozialhilfe- bzw. Mindestsicherungsbezug finanziell möglich ist. Die Ergebnisse zeigen eine klare Einschätzung: Eine große Mehrheit (77,9 %) hält gesunde Ernährung unter den gegebenen finanziellen Bedingungen der Sozialhilfe/Mindestsicherung für schwierig bis unmöglich: 54,1 % der Befragten geben an, dass gesunde Ernährung für diese Familien eher nicht möglich ist und knapp ein Viertel (23,8 %) halten sie für nicht möglich. Dass gesunde Ernährung sehr wohl finanziell realisierbar ist, halten hingegen nur 3,4 % für möglich, weitere 13,1 % für eher möglich (zusammen 16,5 % der Praktiker*innen). Das deutet auf eine deutliche Lücke zwischen sozialhilferechtlicher Existenzsicherung und tatsächlichen Lebenshaltungskosten hin. Gerade für Kinder kann dies langfristige Folgen für ihre Gesundheit haben.

Ist gesunde Ernährung für Familien mit Kindern in Sozialhilfe-/Mindestsicherungs Bezug finanziell möglich?

n=290



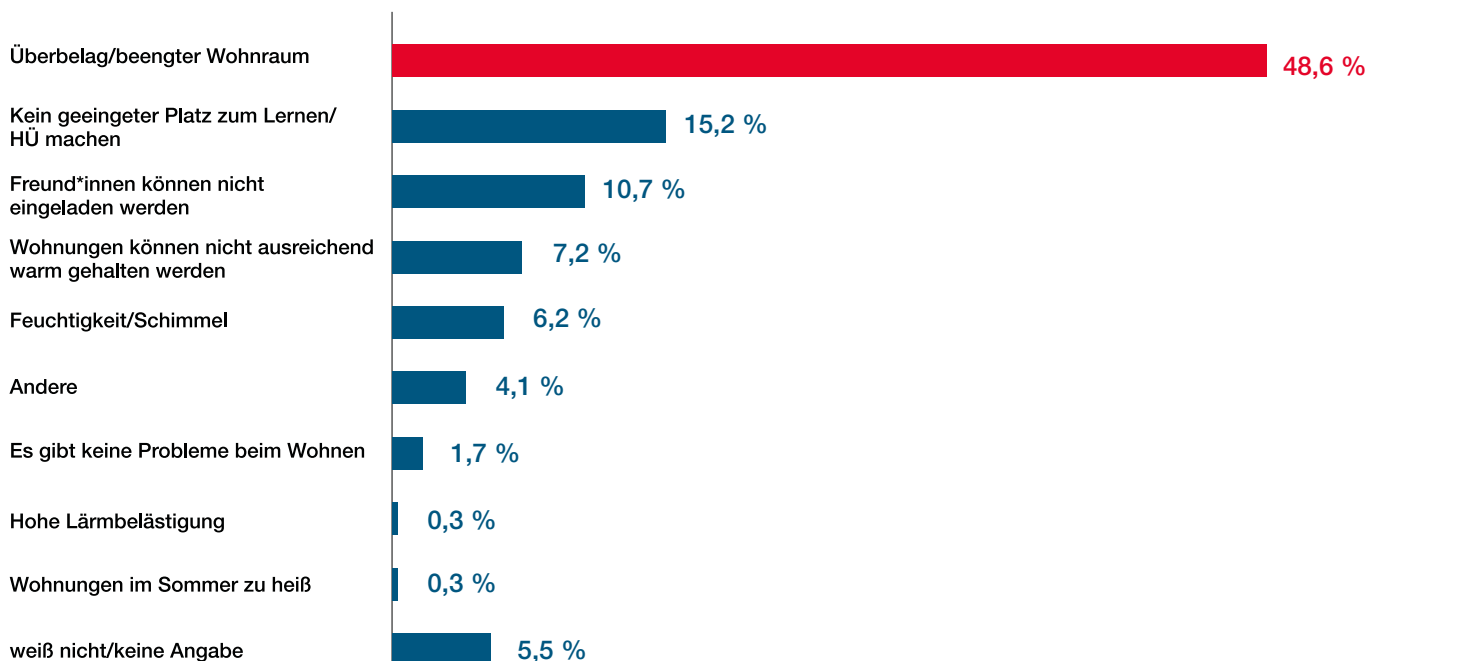
Wohnprobleme

Eine weitere Frage an die Mitarbeiter*innen thematisierte, ob bzw. welches Problem im Bereich Wohnen Kinder in der Sozialhilfe bzw. Mindestsicherung aus ihrer Perspektive am stärksten belastet. Am häufigsten wurde überbelegter oder beengter Wohnraum genannt (48,6 %). Mit deutlichem Abstand folgt der fehlende geeignete Platz zum Lernen oder Hausübung machen (15,2 %) oder auch, dass Freund*innen aufgrund des Wohnraums nicht eingeladen werden können (10,7 %). Weitere Probleme, die zwar seltener aber ebenfalls genannt wurden, sind gesundheits- und versorgungsbezogene Wohnprobleme: 7,2 % sehen das stärkste Problem darin, dass Wohnungen nicht ausreichend warmgehalten werden können und 6,2 % nennen Feuchtigkeit oder Schimmel in der Wohnung. Nur sehr wenige Befragte geben an, dass es keine Probleme beim Wohnen gibt (1,7 %).

Von den 4,1 %, die die Antwortkategorie "Andere" wählten, geben die Hälfte im Antwortfeld „Sonstiges“ an, dass sie mehrere bzw. alle Wohnprobleme als gleich problematisch erachten. Insgesamt zeigt sich, dass Wohnprobleme vor allem als Frage von Platz, Rückzugsmöglichkeiten und Lernbedingungen wahrgenommen werden. Beengter Wohnraum wirkt sich nicht nur auf den Alltag aus, sondern kann auch Bildung, soziale Kontakte und das Wohlbefinden von Kindern beeinträchtigen.

Welches Problem im Bereich Wohnen belastet Kinder in der Sozialhilfe/Mindestsicherung aus Ihrer Perspektive am stärksten?

n= 290



Probleme in der Sozialhilfe für Familien: offene Antworten

Neben den oben beschriebenen geschlossenen Fragen hatten die Praktiker*innen auch die Möglichkeit in einem offenen Antwortfeld Probleme in ihrem Bundesland im Kontext der Sozialhilfe speziell für Familien mit Kindern zu thematisieren. Dieses offene Antwortfeld nutzten 188 Personen. Ihre Antworten konnten insg. neun verschiedenen Themen zugeordnet werden (qualitative Codierung; nur eine Zuordnung pro Antwort) und verweisen auf vier grundlegende Probleme in der Sozialhilfe für Familien.

1. Die Sozialhilfe selbst wird als strukturell unzureichend beschrieben: zu niedrige Kinderzuschläge, degressive Richtsätze, Anrechnungen, Kürzungen, lange Verfahren und bürokratische Hürden führen dazu, dass Kinder und Jugendliche in Armut aufwachsen. Zahlreiche Fachkräfte nennen gravierende Mängel bei der materiellen Versorgung von Kindern und Jugendlichen in der Sozialhilfe hinsichtlich Wohnen, Ernährung und Energie.
2. Kinderarmut wird sehr häufig als Ausschluss von sozialer Normalität beschrieben – keine Vereine, keine Ausflüge, keine Hobbys, keine soziale und kulturelle Teilhabe. Das führt zu einem geringen sozialen und kulturellen Kapital und kann sich nachteilig auf verschiedene Lebensbereiche auswirken.
3. Im Bereich Bildung zeigt sich: Schule erscheint als versteckter Armutsverstärker, weil die Kosten für Schulmaterial, Nachhilfe, Ausflüge, digitale Geräte und Schulveranstaltungen enorme Kosten erzeugen, die durch Sozialhilfe/ Mindestsicherung nicht ausreichend abgedeckt werden.
4. Mehrfachbelastungen führen dazu, dass sich die Situation von einkommensarmen Familien deutlich verschärft, weil keine Rücklagen gebildet werden können und kompensatorische soziale Netzwerke noch nicht oder nicht mehr unterstützen können.

Nr	Cluster	Anzahl/ Antworten
1	Soziale Teilhabe, Freizeit, Ausgrenzung und Stigmatisierung	50
2	Bildung, Schule, Nachhilfe und schulbezogene Kosten	36
3	Materielle Grundversorgung: Essen, Kleidung, Alltag, Babybedarf	25
4	Sozialhilfe-System, Richtsätze, Anrechnung, Kürzungen und Bürokratie	23
5	Wohnen, Miete, Energie und Wohnungsverlust	15
6	Gesundheit, Therapie, Behinderung und psychische Belastung	15
7	Allgemeine Armut, Existenzangst und finanzielle Unsicherheit	12
8	Kinderbetreuung, Ganztage, Vereinbarkeit und Betreuungslücken	7
9	Aufenthaltsstatus, subsidiärer Schutz und Ausschlüsse	5
Gesamt		188

Belastung von Frauen durch Kinderarmut

Blickt man aus einer frauenpolitischen Perspektive auf die Ergebnisse – einerseits auf die quantitativen Ergebnisse und andererseits auf die offenen Antworten dieser Umfrage – zeigt sich, dass Kinderarmut speziell auch Frauen belastet. Vor allem in den offenen Antworten zeigt sich, dass häufig die Mütter thematisiert werden. Schließlich sind es nach wie vor überwiegend Frauen, die in Österreich die unbezahlte Sorgearbeit leisten. Dadurch sind es vor allem die Mütter, die mit den oben beschriebenen Problemen (nicht leistbare Schulausflüge oder auch Freizeitaktivitäten, soziale Ausgrenzung der Kinder etc.) konfrontiert sind. Dabei versuchen sie, den finanziellen Mangel möglichst zu kompensieren. Sie verzichten auf eigene Bedürfnisse, um die Folgen für ihre Kinder möglichst gering zu halten:

„Wenn eine Mutter ihren Kindern zu liebe nur einmal pro Tag eine Kleinigkeit isst oder sich keine wärmende Bekleidung leisten kann oder Eltern sich in zusätzliche Schulden begeben um ihren Kindern einen kleinen Ausflug zu ermöglichen, dann ist das traurig.“

Die von den Praktiker*innen als nicht ausreichend eingestuftes Kinderrichtsätze wirken sich somit nicht nur negativ auf die Kinder aus, sondern speziell auch auf Frauen bzw. Mütter. Die finanziell prekäre Situation stellt auch eine psychische Belastung dar, wenn sich die adäquate Versorgung der eigenen Kinder als herausfordernd darstellt, wie das folgende Zitat deutlich macht:

„Mütter sind recht verzweifelt, wissen nicht wie sie die Kinder ernähren sollen.“

Kinderarmut führt also dazu, dass (neben den Kindern selbst) vor allem Frauen unter hohem finanziellem sowie psychischem Druck stehen. Sich aus dieser schwierigen Situation befreien zu können, fällt nicht zuletzt deshalb schwer, da laut den Befragungsergebnissen institutionelle Kinderbetreuung nicht ausreichend verfügbar ist – obwohl diese wesentlich zur Entlastung von Frauen beitragen könnte.

Anhang 1: Stimmen aus der Praxis

Auswahl an Antworten zu diversen offenen Fragen

„Kinderarmut verschärft sich in jeder Hinsicht.“

„Kinder leiden sehr darunter, denn sie spüren und sehen es was andere haben.“

„Mütter geben an, dass sie keine Windeln mehr für ihre Babys kaufen können.“

„Mütter sind recht verzweifelt, wissen nicht wie sie die Kinder ernähren sollen.“

„Wenn eine Mutter ihren Kinder zu liebe nur einmal pro Tag eine Kleinigkeit isst oder sich keine wärmende Bekleidung leisten kann oder Eltern sich in zusätzliche Schulden begeben um ihren Kindern einen kleinen Ausflug zu ermöglichen, dann ist das traurig.“

„schulische Ausgaben werden sehr unzureichend abgedeckt.“

„Wenn es keine Förderungen geben würde, wären die Kinder oft ausgegrenzt.“

„Sozialhilfe deckt keine Sonderausgaben ab - z.B. für Schulwochen, Nachhilfe.“

„soziale Teilhabe eingeschränkt, gesunde Ernährung kaum möglich.“

„Sie können die Wohnung verlieren. Haben nicht genug zum Essen.“

„Schere zwischen Arm und Reich wird immer größer = Spaltung.“

„Nicht einmal für die Schulsachen oder Bekleidung haben sie genug Geld.“

„Nachhilfe, Schulausflüge, gesunde Jausen sind für viele nicht leistbar.“

„Kulturelle & soziale Teilhabe, Kleidung, Wohnen, Technik, Nachhilfe.“

„Kürzung der Mietbeihilfe bringt viele in Schwierigkeiten.“

„Gesundes, abwechslungsreiches Essen und Freizeitaktivitäten nicht leistbar „Gesundheitsausgaben (Therapien), Freizeitaktivitäten.“

„große Unterschiede bei den Chancen auf Bildung und Entfaltungsmöglichkeiten“

„hohe Kosten f. Sportwochen, nicht bez. Energierechnungen hohe Mieten.“

„Schwierigkeiten geeigneten Wohnraum zu finden.“

Anhang 2: Die Fragen im Wortlaut

5 | Filterfrage: Ich bin in meiner täglichen Arbeit mit Sozialhilfebezieher*innen bzw. Mindestsicherungsbezieher*innen in Kontakt.

- Ja
- Nein

6 | Die aktuelle Höhe der Sozialhilfe ermöglicht es, grundlegende Lebenshaltungskosten zu decken.

Fragesupport: Trifft diese Aussage zur Sozialhilfe Ihrer Einschätzung nach zu?

- trifft zu
- trifft eher zu
- trifft eher nicht zu
- trifft nicht zu
- weiß nicht / keine Angabe

7 | Ohne ergänzende Unterstützungsangebote (z. B. Lebensmittelhilfe, Energiezuschüsse) können viele Menschen, die Sozialhilfe/Mindestsicherung beziehen, ihren Lebensunterhalt nicht sichern. Fragesupport: Trifft diese Aussage zur Sozialhilfe Ihrer Einschätzung nach zu?

- trifft zu
- trifft eher zu
- trifft eher nicht zu
- trifft nicht zu
- weiß nicht / keine Angabe

8 | Die Teuerung hat die finanzielle Situation von Sozialhilfebezieher*innen verschärft.

Fragesupport: Trifft diese Aussage zur Sozialhilfe Ihrer Einschätzung nach zu?

- trifft zu
- trifft eher zu
- trifft eher nicht zu
- trifft nicht zu
- weiß nicht / keine Angabe

9 | In welchen Lebensbereichen schränken sich Menschen, die Sozialhilfe/Mindestsicherung beziehen, Ihrer Erfahrung nach bei finanziellem Druck am stärksten/häufigsten ein?

Bitte erstellen Sie anhand der folgenden Items eine Rangordnung (stärkste Einschränkung ganz oben bis geringste Einschränkung ganz unten). Fragesupport: Ziehen und ablegen, um die Reihenfolge zu ändern.

- Beim Wohnen (z. B. Zahlungsrückstände Miete, prekäres Wohnen etc.)
- Bei Lebensmitteln (z. B. Verzicht auf Mahlzeiten)
- Bei der Haushaltsenergie (z. B. kein oder kaum Heizen, weniger Licht etc.)
- Bei sozialen Kontakten (Freunde einladen, Vereinsaktivitäten, Sport, Kaffeehaus etc.)

10 | Menschen, die Sozialhilfe/Mindestsicherung beziehen, sind von sozialer Isolation und fehlender gesellschaftlicher Teilhabe betroffen.

Fragesupport: Auf der Basis Ihrer Beobachtungen – wie häufig kommt diese Problemlage bei Bezieher*innen der Sozialhilfe vor?*

- sehr häufig
- häufig
- selten
- nie
- weiß nicht / keine Angabe

11 | Personen mit Sozialhilfe-/Mindestsicherungs-Bezug sind psychisch belastet.

Fragesupport: Auf der Basis Ihrer Beobachtungen – wie häufig kommt diese Problemlage bei Bezieherinnen der Sozialhilfe vor?*

- sehr häufig
- häufig
- selten
- nie
- weiß nicht / keine Angabe

12 | Sozialhilfe-/Mindestsicherungsbezieher*innen nehmen die negative öffentliche Debatte als beschämend und verletzend wahr.

Fragesupport: Auf der Basis Ihrer Beobachtungen – wie häufig kommt diese Problemlage bei Bezieher*innen der Sozialhilfe vor?*

- sehr häufig
- häufig
- selten
- nie
- weiß nicht / keine Angabe

13 | Filterfrage: Haben Sie in Ihrer Arbeit mit Kindern und Jugendlichen, deren Familien Sozialhilfe/Mindestsicherung beziehen, direkt oder indirekt zu tun? Fragesupport: Wählen Sie eine Antwort.

- Ja
- Nein

14 | Bitte vervollständigen Sie: Die Höhe der Kinderrichtsätze in meinem Bundesland beurteile ich als ..., um die Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen zu decken. Fragesupport: Wählen Sie eine Antwort.

- ausreichend
- eher ausreichend
- eher nicht ausreichend
- nicht ausreichend
- weiß nicht / keine Angabe

15 | Denken Sie an die Sozialhilfe/Mindestsicherung in Ihrem Bundesland. Welche Probleme sehen Sie speziell für Familien mit Kindern?

Fragesupport: 2 bis 3 Stichworte – keine Pflichtantwort

offene Antwort

16 | Bitte vervollständigen Sie: Vollumfängliche Bildungsteilhabe (Finanzierung von notwendigen Unterrichtsmaterialien, Nachhilfe, Schulausflüge etc.) für Kinder, deren Eltern Sozialhilfe/Mindestsicherung beziehen, ist ... Fragesupport: Wählen Sie eine Antwort.

- möglich
- eher möglich
- eher nicht möglich
- nicht möglich
- weiß nicht / keine Angabe

17 | Bitte vervollständigen Sie: Vollumfängliche Bildungsteilhabe (Finanzierung von notwendigen Unterrichtsmaterialien, Nachhilfe, Schulausflüge etc.) für Kinder, deren Eltern Sozialhilfe/Mindestsicherung beziehen, ist ... Fragesupport: Wählen Sie eine Antwort.

- Ja, ist möglich
- Ja, ist eher möglich
- Nein, ist eher nicht möglich
- Nein, ist nicht möglich
- weiß nicht / keine Angabe

18 | Welches Problem im Bereich Wohnen belastet Kinder in der Sozialhilfe/Mindestsicherung aus Ihrer Perspektive am stärksten?

Fragesupport: Wählen Sie eine Antwort.

- Es gibt keine Probleme beim Wohnen
- Kein geeigneter Platz zum Lernen oder Hausübung machen
- Überbelegter oder beengter Wohnraum
- Freund*innen können aufgrund des Wohnraums nicht eingeladen werden
- Feuchtigkeit/Schimmel in der Wohnung
- Wohnungen sind im Sommer zu heiß
- Hohe Lärmbelastung
- Wohnungen können nicht ausreichend warm gehalten werden
- Andere (bitte geben Sie an)
- weiß nicht / keine Angabe

19 | Es ist für den Großteil Ihrer Klient*innen möglich, einen vollständigen Antrag auf Sozialhilfe/Mindestsicherung ohne zusätzliche Unterstützung zu stellen. Fragesupport: Trifft diese Aussage zur Antragstellung in der Sozialhilfe Ihrer Meinung nach zu?

- trifft zu
- trifft eher zu
- trifft eher nicht zu
- trifft nicht zu
- weiß nicht / keine Angabe

20 | Die Sachbearbeiter*innen der für die Sozialhilfe/Mindestsicherung zuständigen Behörde sind im Umgang mit armutsbetroffenen Menschen ausreichend sensibilisiert. Fragesupport: Trifft diese Aussage zur Antragstellung in der Sozialhilfe Ihrer Meinung nach zu?

- trifft zu
- trifft eher zu
- trifft eher nicht zu
- trifft nicht zu
- weiß nicht / keine Angabe

21 | Welche Auswirkungen von Sanktionen in der Sozialhilfe/Mindestsicherung beobachten Sie am häufigsten? Fragesupport: Wählen Sie 2 Antworten

- Verschärfung der finanziellen Notlage
- starker psychosozialer Druck und erhöhte Stressbelastung
- keine wesentlichen Auswirkungen beobachtbar
- Andere (bitte geben Sie an)
- weiß nicht / keine Angabe

Nachfrage-Hinweis zur Studien-Umsetzung

Caritas Österreich

Karin Aistleitner
Fachreferentin Sozialpolitik I Armut
karin.aistleitner@caritas-austria.at

Volkshilfe Österreich

Hanna Lichtenberger
Teamleitung Sozialpolitik und Forschung
hanna.lichtenberger@volkshilfe.at